

# Der Freisinn

# FDP

Nr. 3  
März 1985  
7. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Zwei Beispiele aus jüngster Zeit

## Wider die Verteufelung der Wirtschaft

Seit einigen Jahren gibt es Tendenzen zu einer «Verteufelung» der Wirtschaft. Es liegt nahe, in einer solchen Situation nach Schuldigen zu suchen. Dies geschieht jedoch oft in der irrigen Annahme, mit dem Schuldigen zugleich das entsprechende Gegenmittel in der Hand zu haben. Ein Kommentar der Bundeshausjournalistin Dr. Beatrice Steinmann:

So ist es beispielsweise vor einigen Jahren dem angesehenen Gremium des «Club of Rome» ergangen. Das von ihm propagierte Nullwachstum der Wirtschaft wurde teilweise begeistert aufgenommen. Mittlerweile hat man allerdings gemerkt, dass ein solches Nullwachstum zu Arbeitslosigkeit führt. Das Ausmass der resultierenden volkswirtschaftlichen Schäden lässt sich kaum beziffern. Um das Nullwachstum ist es deshalb stiller geworden. Die Erfahrungen mit dem meist unwillkürlichen Nullwachstum haben aber den Keim einer gewissen Wirtschaftsfreundlichkeit nicht ganz abzutöten vermocht.

### Nicht nur theoretischer Kampf

Würde der Kampf gegen den verschwommenen Begriff «Wirtschaft» nur theoretisch und ideologisch geführt, wäre der Schaden nicht gross. Es wären sogar posi-

tive Impulse denkbar. Neuerdings schwappt die negative Welle jedoch in die praktische Wirtschaftspolitik hinüber. Dies kann gefährlich werden. Nennen wir dazu zwei Beispiele aus jüngster Zeit: das Kartellgesetz und das Gesetz zur Preisüberwachung. Beiden liegt ein richtiger Gedanke zugrunde. Aber bei Übermarchungen, wie sie durch eine diffuse Wirtschaftsfreundlichkeit möglich sind oder möglich wären, könnten kontraproduktive Effekte erzielt werden, die nicht nur die Wirtschaft, sondern das Volksganze schädigen.

Bei der jüngsten Debatte zur Revision des Kartellrechts zeichneten sich zwei Grundhaltungen ab. Für die einen sind Kartelle und kartellähnliche Organisationen böswillige Instrumente des Teufels, dirigiert von einer kleinen Gruppe mit egoistischen Interessen, die mit ihrer geballten Macht den Konsumenten das

Geld aus der Tasche ziehen. Anhänger dieser Auffassung möchten am liebsten sämtliche Kartelle verbieten oder an die scharfe Kandare nehmen.

### Ein Anti-Missbrauchsgesetz

Gerade dies will die Mehrheit unserer Gesetzgeber aus gutem Grund nicht. Unsere immer noch auf dem Klein- und Mittelbetrieb fussende Wirtschaft wäre ohne die auf dem Selbsthilfewillen beruhenden Kartelle längst zugrunde gegangen, und es gäbe nur noch einige Grossbetriebe. Ohne Einkaufs- und Verwertungsgenossenschaften, die im Grunde nichts anderes sind und nicht anders wirken als Kartelle, hätten weder die Landwirtschaft noch der Detailhandel oder das Gewerbe überlebt. Diese Tatsache muss man zur Kenntnis nehmen. Deshalb ist unsere Kartellgesetzgebung kein Verbot, sondern ein Anti-Missbrauchsgesetz. Zwar gibt es überall Missbräuche, doch die Missbräuche bei schweizerischen Kartellen sind weit geringer, als behauptet wird.

Eine gewisse Wirtschaftsfreundlichkeit liegt auch der neuen Preisüberwachung zugrunde. Es ist sicher, dass das Volk wieder eine Preisüberwachung wünschte. Aber es wollte eine von der früheren Art. In den siebziger Jahren ging es darum, konjunkturelle Preiserhöhungen zu verhindern und der schädlichen Überhitzung der Hochkonjunktur Gegensteuer zu geben. Obwohl wir seither verschiedene Rezessionsphasen er-

Fortsetzung auf Seite 2

Rund um «Kaiseraugst»

## Prüfstein für Rechtsstaat und Demokratie

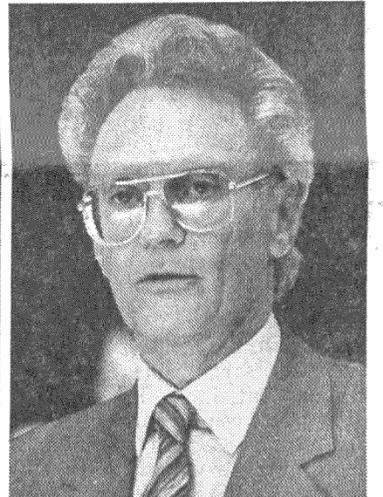
Die Erkrankung von Bundesrat Leon Schlumpf hat dazu geführt, dass die «Kaiseraugst-Debatte» im Nationalrat zweigeteilt werden musste. Diese unvorhergesehene Pause zwischen zwei Sitzungstagen hat vielleicht auch dazu geführt, dass sich die Gemüter hüben und drüben etwas beruhigt haben. Für FDP-Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau) sind der Entscheid zu Kaiseraugst und die Reaktionen darauf auch ein Prüfstein für Rechtsstaat und Demokratie:

Dass sich in der Kaiseraugst-Frage die Geister scheiden und dass bei einem so brisanten Geschäft gegensätzliche Standpunkte vertreten werden, ist natürlich und verständlich. Unter den Gegnern gibt es viele verantwortungsbewusste Mitbürger, die sich echte Sorgen machen und verunsichert sind. Sie nehme ich ernst und respektiere ihre Haltung. Damit verbinde ich die Erwartung, dass sie den Befürwortern mit der gleichen Toleranz begegnen.

### Herbeigeredete Staatskrise

Neben dem zentralen Anliegen einer gesicherten und umweltfreundlichen Energieversorgung geht es um elementare rechtsstaatliche Fragen, so etwa um den Grundsatz, dass Bundesrecht kantonales Recht bricht. Zur Diskussion stehen auch fundamentale Begriffe wie Bundestreue, nationale Solidarität oder sogar die Selbstverständlichkeit, dass Mehrheitsentscheide zu respektieren sind. In den letzten zehn Jahren kam es im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerkprojekt Kaiseraugst zu Aktionen, die an der Grenze der Legalität und zum Teil jenseites davon lagen. Im Vorfeld der Abstimmung vom 23. September 1984 über die Atominitiative ist offen erklärt worden, dass bei deren Ablehnung alles daran gesetzt werde, Kaiseraugst zu verhindern, nötigenfalls auch mit Aktionen ausserhalb dessen, was im Rahmen unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Spielregeln zulässig ist.

Ganz offensichtlich gibt es Gruppen, die auch vor kriminellen Handlungen nicht zurückschrecken, wenn es darum geht, ihre Meinung gegen den Willen der Mehrheit des Schweizervolkes durchzusetzen. Dagegen sollten sich gerade solche Atomgegner wenden, die Kantonsregierungen und Parlamente angehören. Andernfalls dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie bei allfälligen Zwischenfällen ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden. Dem können sie nicht dadurch vorbeugen, dass sie von einer Staatskrise reden, die angeblich eintreten werde, wenn das Projekt



Kaiseraugst verwirklicht werden sollte. Man kann eine solche Krise auch herbeireden. Ich für meinen Teil glaube an die Vernunft der Mehrheit der Bevölkerung, auch in der betroffenen Region.

### Strapazierte eidgenössische Geduld

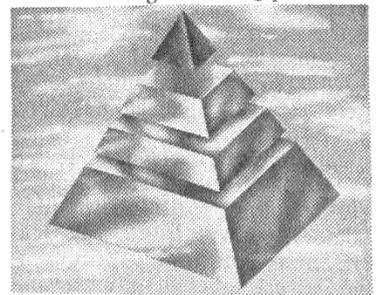
Hinter uns liegt ein Jahrzehnt aufgeschobener Entscheide und äusserst kostspieliger Verzögerungen. Die eidgenössische Geduld ist damit erheblich strapaziert worden, und es sind beträchtliche Kosten entstanden. Seit der illegalen Besetzung im Jahre 1975 sind sie von 300 Millionen auf rund eine

Fortsetzung auf Seite 6



Wiederum einen starken Aufmarsch der Delegierten und Gäste, wie am Parteitag 1984 in Martigny (unser Bild), erwartet die Geschäftsleitung der FDP der Schweiz am Parteitag vom 19./20. April in Davos. Einen Anmeldetalon finden Sie in dieser «Freisinn»-Ausgabe. (Photo ruti)

SKA Anlage-Service plus.



Wir leisten mehr, damit Sie an der Spitze sind.



SCHWEIZERISCHE  
KREDITANSTALT  
SKA

Nukleare Fernwärmeversorgung – die Alternative

## Energiepolitische Bemerkungen

Die besorgniserregende Luftverschmutzung und als Folge das Waldsterben zwingen, alle Massnahmen zu treffen, um die Schadstoffemissionen zu reduzieren. Diese resultieren unbestritten in Massen zu einem bedeutenden Teil aus dem Verbrennen fossiler Brenn- und Treibstoffe. Mit Sparen und Substituieren muss deshalb vor allem der Verbrauch des wichtigsten fossilen Energieträgers, des Erdöls, das immer noch fast  $\frac{2}{3}$  unserer Energieversorgung bestreitet, vermindert werden. Der Aargauer FDP-Grossrat Ulrich Fischer plädiert für eine bessere Nutzung der «umweltfreundlichen Kernenergie». Er arbeitet als stellvertretender Direktor bei der Motor-Columbus AG.

Die kalte Witterung Anfang Januar hat den Verbrauch an Heizöl sprunghaft ansteigen lassen und Schadstoffemissionswerte be-



schert, die völlig inakzeptabel sind. So stellte der städtische Gesundheitsinspektor von Zürich eine Vervielfachung des Schwefeldioxidgehaltes der Luft fest, in

Fortsetzung von Seite 1

lebt haben, können wir nicht mit Sicherheit sagen, eine Hochkonjunktur mit ihrer Preisüberhitzung werde es nie mehr geben. In den sechziger Jahren glaubte man auch, mit antizyklischem Verhalten starke Schwankungen der Konjunktur für immer ausschalten zu können.

### Ausgeknobelter Preismechanismus

Der Verfassungsartikel über die Preisüberwachung visiert nur die Preisbildung von Kartellen, kartellähnlichen Organisationen und Monopolen an – also genau die verteuerten Gebilde der modernen Wirtschaft. Leider hat man dem Volk Sand in die Augen gestreut und nicht erklärt, dass die alte Preisüberwachung nicht wieder kommt. Jetzt ist die Enttäuschung gross. Man hat ein Preisüberwachungsgesetz, das nicht beisst.

Es handelt sich um eine unrealistische Einschätzung, wenn man vorgibt, die Preise der Grundnahrungsmittel liessen sich durch die Preisüberwachung senken. Abgesehen davon, dass die Grundnahrungsmittel (Brot, Milch, Butter, Ackerfrüchte) einen immer geringeren Teil der Haushaltsausgaben ausmachen, sind diese Preise nicht nur auf die Konsumenten ausgerichtet. Sie dienen vor allem der Erhaltung des Bauernstandes. Ohne diesen von Bundesrat, Bauernverband und Milchproduzenten ausgeknobelten Preismechanismus würde der Bauernstand verschwinden und durch «rationelle» Agrarfabriken abgelöst. Bei allem Verständnis für die Belange der Konsumenten darf es nicht nur deren Standpunkt geben, wenn wir die gesunde Struktur unserer schweizerischen Volkswirtschaft erhalten wollen.

Aarau wurde durch die luftelektrische Station der Kantonsschule Aarau ein achtmal höherer Wert als im Durchschnitt des Jahres 1983 registriert, und im Ruhrgebiet musste gar «Smog-Alarm» mit äusserst gravierenden Eingriffen wie Verboten für den privaten Motorfahrzeugverkehr und Schliessung von immissionsträchtigen Industriebetrieben ausgelöst werden. Diese Entwicklung beweist, dass zwar Sparanstrengungen nötig und sinnvoll sind, aber bald an Grenzen stossen und deshalb nun auch mit der Substitution, der zweiten Säule der Postulate der Gesamt-Energie-Kommission (GEK), Ernst gemacht werden muss, um den Heizölverbrauch wirksamer als bisher zu senken.

### Das Beispiel Refuna

Eine dieser Substitutionsmassnahmen – und zwar nach heutigem Stand der Technik die wirksamste und ergiebigste – ist der Einsatz nuklearer Fernwärme, die bei Verwendung unserer Kernkraftwerke als Wärmekraftkopplungsanlagen oder aus reinen Heizreaktoren gewonnen werden kann. Dabei hat Kernenergie den grossen Vorteil, dass kein Verbrennungsprozess stattfindet und deshalb auch keine Abgase entstehen können.

Die Realisierung des Fernwärmenetzes Refuna, bei welchem die Kernkraftwerke Beznau, als Wärmekraftkopplungsanlagen eingesetzt, als Wärmelieferanten dienen, hat den Nachweis erbracht, dass eine nukleare Fernwärmeversorgung als gültige Alternative zur konventionellen Heizung dienen kann. Bereits heute kann festgestellt werden, dass sich das technische System bewährt, da auch bei extremen Witterungsverhältnissen kaum Pannen zu registrieren sind, dass die Anschlussbereitschaft der Bevölkerung vorhanden ist und dass ein solches Netz innert relativ kurzer Frist realisiert werden kann, wenn der politische Wille vorhanden ist. Auch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit bestehen keinerlei Anzeichen dafür, dass die nukleare Fernwärme gegenüber dem Erdöl nicht konkurrenzfähig sein sollte, besonders wenn man die gegenwärtigen Preise auf dem Heizölmarkt – die sich allerdings wahrscheinlich wieder etwas zurückbilden werden – in Rechnung stellt.

### Probleme

Diese Erkenntnisse sind umso bedeutsamer, wenn man berücksichtigt, dass die Kälteperiode der letzten Wochen bei anderen Heizsystemen schwerwiegende Probleme gebracht hat:

- Wärmepumpen sind kaum auf Temperaturen von unter  $-5^{\circ}\text{C}$  ausgelegt. Deren Ersatz ist in den meisten Fällen das «Elektroöfel».

- Bei Gaslieferungen mussten in vielen Fällen Einschränkungen verfügt werden. Die Sowjetunion kürzte nach einer Zeitungsmel-

dung die Erdgaslieferungen an Österreich um ca. ein Viertel, was deshalb bedeutsam ist, weil auch die Schweiz mehr und mehr Erdgas aus der Sowjetunion bezieht.

- Ältere Gasleitungen sind bei tiefen Temperaturen stark bruchgefährdet, was in den letzten Tagen in der Schweiz bereits zu verschiedenen Gasexplosionen führte, die Verletzte forderten und Häuser stark beschädigten, in Wohlen derart, dass ein Haus abgebrochen werden muss. 1977 starben bei einer Gasexplosion in Baden zwei Menschen.

- Selbst Ölheizungen sind stark störungsanfällig, da das Heizöl in wenig geschützten Öltanks und in ihren Zuleitungen kristallisiert. Überdies führt der niedere Wasserstand im Rhein zu Versorgungsschwierigkeiten und Preissteigerungen, die sich bei einer Vereisung des Rheins noch drastisch verschärfen würden.

### Refuna zeigt die Möglichkeiten der nuklearen Fernwärme auf

Wenn auch der Beitrag von Refuna zur Erdölsubstitution noch bescheiden ist, hat dieses Unternehmen aber doch im Massstab 1:1, d. h. nicht nur auf dem Papier, die Möglichkeiten der nuklearen Fernwärme aufgezeigt. Entgegen den Behauptungen der Gegner dieser Energieversorgungsart, welche hauptsächlich im Vorfeld der Abstimmung über Atom- und Energieinitiative aufgestellt wurden, ist es möglich, durch den Einsatz nuklearer Fernwärme innert kurzer Zeit effizient zur Erdölsubstitution beizutragen.

Falls das Projekt Transwaal im Aare- und Limmattal, ein solches in der Region Aarau/Olten aus Gösgen, eines für die Agglomeration Bern aus Mühleberg sowie im Zuge der Errichtung des Kernkraftwerkes Kaiseraugst eine Wärmeversorgung der Region Basel/Rheinfelden, entsprechend einer Auflage in der Rahmenbewilligung, realisiert werden kann, was im Laufe des nächsten Jahrzehnts denkbar ist, könnten bereits ca. 10 Prozent des gesamten Heizölverbrauchs der Schweiz substituiert werden.

Dazu kommt, dass zurzeit im EIR in Würenlingen Forschungsarbeiten für einen Heizreaktor im Gang sind. Seine Aussichten stehen gut. Dessen Einsatz ist in zahlreichen Gemeinden unseres Landes möglich; er erlaubt die Errichtung nuklearer Wärmeversorgungsnetze unabhängig vom Standort eines Kernkraftwerkes. Diese nächste Stufe würde es erlauben, grosse Teile unserer Schweizer Bevölkerung mit nuklear erzeugter Wärme zu versorgen. Es wäre allerdings vermessen, bereits heute genau sagen zu wollen, wann die Entwicklung soweit sein wird.

### Umweltfreundliche Kernenergie besser nutzen

Das Beispiel Refuna hat den Nachweis erbracht, dass die Kernenergie nicht nur zur Elektrizitätsproduktion, sondern auch zu einer umweltfreundlichen Wärmeversorgung eingesetzt werden kann. Es ist zu hoffen, dass sich diese Erkenntnis nun allgemein durchsetzt und die Kernenergie mehr und mehr in den Dienst einer sauberen Luft und gesunder Wälder gestellt wird. Statt alle Kräfte dafür zu mobilisieren, um der Nutzung der Kernenergie trotz gegenteiligen Volksentscheidungen weiterhin alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen, wäre es deshalb nun endlich an der Zeit, Vorurteile und Emotionen abzulegen und diesem Energieträger jene Funktionen zuzuweisen, die zu erfüllen er in der Lage ist.



FDP-Fraktionspräsident Nationalrat Jean-Jacques Cevey (rechts) zusammen mit FDP-Generalsekretär Hans-Rudolf Leuenberger. (Photo ruti)

### Nach dem 10. März. 2

Zum Ausgang des eidgenössischen Urnenganges vom 10. März nahm die FDP der Schweiz wie folgt Stellung:

Zwei Merkmale kennzeichnen nach Ansicht der FDP das Abstimmungswochenende: Die Linksparteien – allen voran die SP – mussten zum fünftenmal hintereinander bei einem eidgenössischen Urnengang eine deutliche Niederlage einstecken. Denn nicht anders kann das Nein von Volk und Ständen zur Ferien-Initiative bezeichnet werden. Mit der Befürwortung von zwei der drei zum Entscheid unterbreiteten Massnahmen aus dem ersten Paket der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen haben die Stimmenden bekundet, dass sie mit dem eingeschlagenen Weg grundsätzlich einverstanden sind, jedoch ein differenziertes Vorgehen erwarten.

Das Nein zur Neuregelung der Ausbildungsbeiträge kommt für die FDP nicht überraschend, stiess doch die Vorlage in praktisch allen Parteien auf Opposition. Die Stimmbürger misstrauten offensichtlich den Kantonen, dass diese inskünftig den Bundesanteil ungeschmälert übernehmen, und brachten gleichzei-

tig zum Ausdruck, dass sich der Bund auch im Bildungswesen zu engagieren hat. Unerwartet kommt für die Partei, dass die beiden anderen Vorlagen auf eine derart starke Opposition gestossen sind, zumal sie praktisch unbestritten waren. Dennoch plädiert die FDP dafür, auf dem eingeschlagenen Weg zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen weiterzufahren und auch in anderen Bereichen das in den letzten Jahren entstandene undurchschaubare Geflecht von Kompetenzen, Subventionen und Abhängigkeiten zwischen Bund und Kantonen zu entwirren.

Mit dem Nein zur Ferien-Initiative erteilten die Stimmenden den Linksparteien einmal mehr in jüngster Zeit eine unmissverständliche Abfuhr. Der Entscheidung bestätigt zudem, dass der Souverän nicht bereit ist, neben den bereits auferlegten sozialen Pflichten der einheimischen Wirtschaft zusätzliche Auflagen zu machen, die deren Position im internationalen Wettbewerb weiter schwächen und damit Arbeitsplätze gefährden und die Chancen älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt vermindern würden.

## Kennen Sie ihn?

Den praktischen FDP-Windblouson? Er begleitet Sie überall hin. Denn er kann auf kleinstem Raum zusammengerollt werden und findet in seiner eigenen Tasche Platz. Ein Elastic-Traggurt macht das Ganze wirklich perfekt. Der FDP-Windblouson eignet sich auch als Not-Regenschutz.

Senden Sie mir von den FDP-Windblousons à Fr. 20.- (plus Anteil Porto und Verpackung):

- \_\_\_\_\_ Stück Grösse S (schmal)
- \_\_\_\_\_ Stück Grösse M (mittel)
- \_\_\_\_\_ Stück Grösse L (gross)
- \_\_\_\_\_ Stück Grösse XL (extra gross)

Name \_\_\_\_\_  
 Adresse \_\_\_\_\_  
 PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_  
 Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Investitionsprogramm für öffentlichen Verkehr vorziehen

## Folgerungen der FDP-Fraktion aus den «Walddebatten»

Ein Vorziehen geplanter Investitionsmassnahmen zur Attraktivitäts- und Kapazitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs sowie einen Investitionsplan zur Förderung des Umsteigens vom privaten auf den öffentlichen Verkehr fordert die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung. Nach ihrer Ansicht geht es darum, den öffentlichen Verkehr auf die Zukunft auszurichten und nicht ihn unter dem Deckmantel des Umweltschutzes zusätzlich durch den Staat über die Tarife zu subventionieren.

Diese Folgerungen zog die Fraktion bei einer Aussprache, in welcher eine Wertung der «Walddebatten» in den eidgenössischen Räten vorgenommen wurde. Das Resultat wurde als positiv und als Rückenstärkung für den Bundesrat gewertet. Im Parlament sei ein klarer Wille zur Lösung der brennenden Umweltprobleme manifest geworden, und auch die Marschroute sei eindeutig abgesteckt worden: keine extremen Experimente, aber konsequente Durchsetzung des technischen Umweltschutzes.

### Erfolgreiche Politik der Anreizstrategie

Mit Genugtuung nahm die Fraktion davon Kenntnis, dass die von ihr verfochtene Politik einer Anreizstrategie, um den Einzelnen zu einem umweltgerechten Verhalten anzuhalten, nicht nur in den Beschlüssen der «Walddebatten», sondern auch bei der Beratung der Vorlage über die Treibstoffzölle ihren Niederschlag gefunden hat. Die Fraktion wird ihre Arbeit auf der Grundlage des umfassenden FDP-Umweltkonzeptes fortsetzen. Sie unterstützt den von FDP-National-

Vor dem Davoser FDP-Parteitag zum Thema «Frau und Gesellschaft»

## Nicht nur Sache der Frau

Der nächste Parteitag der FDP der Schweiz, der auf den 19./20. April nach Davos anberaumt wurde, steht unter dem Motto «Frau und Gesellschaft». Dass es dabei nicht um die Erörterung reiner Frauenthemen geht, erläutert Marie-Louise Baumann, lic. iur., Mitarbeiterin des FDP-Generalsekretariates:

Die FDP hat sich von jeher für die Anliegen der Frauen eingesetzt. So hat sie sich 1971 für die Einführung des Frauenstimmrechts und 1981 für den Verfassungsartikel für gleiche Rechte von Mann und Frau ausgesprochen. Sowohl in der Bundesversammlung als auch in kantonalen und kommunalen Parlamenten und neuerdings auch im Bundesrat ist die FDP mit weiblichen Mitgliedern vertreten. Die Gleichberechtigung der Frauen ist damit aber noch nicht restlos verwirklicht. Sowohl auf rechtlichem als auch auf gesellschaftlichem Ge-

**Boesch**  
Gartenbau  
01 53 04 80  
Unsere Stärke  
grüne Werke

bers. Die einen gaben uns zu bedenken, wir hinkten der Zeit hintennach. Es kämen nämlich nur Probleme zur Sprache, die sich für Frauen zwischen 20 und 30 Jahren stellen. Diese hätten aber kaum etwas zu tun mit der Realität für die Mehrzahl der nicht berufstätigen «Nur-Hausfrauen» von 30 Jahren an. Die andern äusserten Kritik gerade im umgekehrten Sinne: Nur Frauen von einem gewissen Alter an (wann dieses «gewisse Alter» beginnt, wird nie genannt, ist wohl auch nicht zu beziffern) fühlten sich durch die Auswahl der Themen angesprochen. Die Jungen aber hätten ganz andere Sorgen.

Solche Bedenken haben wir offen gestanden alles andere als erwartet, denn es war eines unserer wichtigsten Anliegen, nicht nur in den Schemen der «jungen Mutter mit kleinen Kindern», welche einer Erwerbstätigkeit nachgehen möchte oder muss, oder der «ungebundenen erwerbstätigen Frau» zu denken. Die kontroversen Reaktionen zeigen uns aber auch, dass wir mit unserem Vorhaben genau richtig liegen und dass es uns gelungen ist, alle Frauen anzusprechen.

### Themen greifen weiter

Wir meinen sogar, dass die auf den ersten Blick vielleicht als reine Frauenprobleme erscheinenden Fragen viel weiter greifen und meist gleichzeitig solche einer Partnerschaft, einer Familie oder besser der Gesellschaft schlechthin sind, weshalb Männer ebenso sehr unser Zielpublikum sind wie Frauen. Lassen Sie mich dies an einigen Beispielen erörtern:

1. Wenn in der Arbeitsgruppe «Arbeitswelt» die Auswirkungen der neuen Technologien besprochen werden, so sind dies Probleme, welche uns alle, unabhängig von Geschlecht und Alter, angehen. Teilzeitarbeit und Job-sharing mögen zwar mehrheitlich Frauen interessieren, deren Möglichkeiten und Grenzen können aber durchaus auch für Männer von Bedeutung sein.

2. Die Arbeitsgruppe «Altersvorsorge» wird sich aller Voraussicht nach auch mit dem flexiblen Rentenalter und der Angleichung der Altersgrenze von Mann und Frau befassen. Solche Fragen sollten nicht nur unter Frauen diskutiert werden, denn sie tangieren – mindestens über die Beitragsleistungen – ebenso sehr unsere männlichen Mitbürger.

3. Ähnliche Probleme stellen sich für die Arbeitsgruppe «Krankenversicherung». Für viele Frauen mag zwar die Mutterschaftsversicherung im Vordergrund stehen. Auch hier wird in der Mehrzahl der Fälle ein Partner, oft eine ganze Familie betroffen. Für die alleinstehenden Frauen und Männer geht es dabei immerhin um wichtige Solidaritätsfragen.

4. Die Arbeitsgruppe «Aus- und Weiterbildung» behandelt unter anderem Probleme rund um den zweiten Bildungsweg. Im Zusammenhang mit den bereits erwähnten Auswirkungen der neuen Technologien beispielsweise gibt es eine ganze Liste von «geschlechtsneutralen» Fragen.

5. Schlechthin jedermann hat sich immer wieder mit der Einreichung einer Steuererklärung und insbesondere mit dem Entrichten von Steuern zu befassen. Abgesehen von diesem «Muss» geht es in der Arbeitsgruppe «Steuer-

rat Müller (Meilen ZH) eingebrachten Vorstoss für Investitionen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs.

### Thema bleibt

In der Aussprache, die durch Ausführungen von Ständerat Knüsel (LU), der eine Bilanz über die Beratungen in der Kleinen Kammer zog, und Nationalrat Schüle (SH) eingeleitet wurde, wies letzterer darauf hin, dass die «Waldsessionen» wohl vorbei seien, das Thema jedoch bleibe: Das Parlament werde spätestens mit dem in Auftrag gegebenen bündnerischen Konzept zur Luftreinigung wieder mit der ganzen Problematik konfrontiert sein, wenn es darum gehe, den Weg zur Herabsetzung der Luftverschmutzung auf den Stand der fünfziger Jahre zu reduzieren. Bundesrätin Kopp, die zusammen mit Bundesrat Delamuraz an der von Fraktionspräsident Nationalrat Cevey (VD) geleiteten Sitzung teilnahm, forderte die Kantone auf, einerseits mit Katalysatoren ausgerüstete Fahrzeuge steuerlich zu begünstigen und andererseits nicht umgerüstete Altfahrzeuge stärker zu belasten.

biet muss noch vieles reifen und erzielt werden. Die FDP engagiert sich stark an diesem laufenden Prozess.

### Kontroverse Reaktionen

Die FDP der Schweiz wird deshalb die nächste ordentliche Delegiertenversammlung in Davos mit einem Parteitag unter dem Motto «Frau und Gesellschaft» verbinden. An dieser Tagung sollen in verschiedenen Arbeitsgruppen Probleme diskutiert werden, welche sich für Frauen in jeglicher Situation, unabhängig vom Zivilstand, und in jedem Alter stellen.

Zu unserem Erstaunen einerseits, zur Freude andererseits waren die Reaktionen auf unser Vorhaben verschieden und kontro-

### Anmeldung

Die/der Unterzeichnete meldet sich für den Parteitag vom 19./20. April 1985 in Davos an und wünscht Zustellung der detaillierten Unterlagen.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_  
 Adresse: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Talon bitte einsenden an das Generalsekretariat FDP, Postfach 2642, 3001 Bern.

FDP Sportlich – kein Parteitag, keine Delegiertenversammlung!

## FDP-Sportweekend in Tenero

Die Arbeitsgruppe «Sport» der FDP Schweiz organisiert Samstag/Sonntag, 12./13. Oktober 1985, im dannzumal neueröffneten Sportzentrum Tenero im Tessin ein Sportweekend, zu dem die ganze FDP-Familie eingeladen ist. Eltern wie Kinder sollen erfahren, dass Politik durchaus auch sportlich, Sport hingegen – ab und zu – auch politisch sein kann. Es soll aber nicht nur theoretisiert, sondern – für all jene, die Lust und Laune haben – auch aktiv Sport betrieben werden. Im Sinne einer Vorabklärung werden Interessenten an diesem Weekend gebeten, den «Reservations-Talon» zu retournieren.

**Samstag, 12. Oktober**  
 ab 12.00 Uhr Sportprogramm für jung und alt (fakultativ)  
 16.00 Uhr Begrüssung, Tagungsöffnung, Apéro  
 17.15–19.45 Uhr Info-Markt zu den Themen:  
 ● Jugend und Sport  
 ● Frau und Sport  
 ● Alter und Sport  
 ● Gesundheit und Sport  
 20.30 Uhr Nachtessen mit anschliessendem Tessinerabend

**Sonntag, 13. Oktober**  
 07.00 Uhr Jogging  
 ab 08.00 Uhr Brunch  
 10.00–11.30 Uhr Sport-Arena zu den Tagungsthemen  
 12.00 Uhr Verabschiedung

Parallel zum «geistigen» Teil des Weekends läuft für die anwesenden Kinder (ab schulpflichtigem Alter) ein buntes Sportprogramm.

**Unterkunft:**  
 Erwachsene – Doppelzimmer  
 Kinder – Zeltlager in Tenero

**Kosten:**  
 Erwachsene – zirka Fr. 75.– pro Person für Unterkunft und Verpflegung  
 Kinder – voraussichtlich gratis

### Reservations-Talon

Wir beabsichtigen, beim FDP-Sportweekend vom 12./13. Oktober 1985 in Tenero dabeizusein. Senden Sie uns zu gegebener Zeit die detaillierten Unterlagen.

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Anzahl Erwachsene: \_\_\_\_\_ Anzahl Kinder im schulpflichtigen Alter: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern

recht» darum, möglichst gerechte Steuersysteme zu entwickeln. Der Kanton Zürich hat – beispielsweise – im Vergleich der Kantone eines der familienfreundlichen Steuergesetze. Trotzdem hält es den Vorstellungen des Bundesgerichts über «gerechte Besteuerung» – wie in einem letztes Jahr ergangenen Urteil dargelegt – nicht stand. Hier gilt es, Konsequenzen zu ziehen und insbesondere auch mehr Gerechtigkeit bei der direkten Bundessteuer zu erreichen.

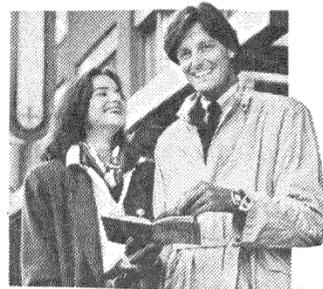
6. In der Arbeitsgruppe «Zivilschutzdienst / Gesamtverteidigung» wird – so, wie wir es beurteilen – zunächst sehr viel Information vermittelt werden müssen. Leider wissen die wenigsten Frauen, worum es beim Zivilschutzdienst oder gar bei der Gesamtverteidigung geht. Entsprechend wissen sie auch kaum etwas über den Bedarf an Frauen, deren Möglichkeiten und Einsatz. Zivilschutzdienst und Gesamtverteidigung liegen sowohl im eigenen als auch im Interesse unserer Landesverteidigung; viele Frauen könnten darin eine sinnvolle Betätigung finden.

### Es geht alle an

Ich hoffe, Ihnen mit wenigen Ausführungen gezeigt zu haben, wie sehr uns die Probleme von «Frau und Gesellschaft» alle etwas angehen. Für die FDP liegen

darin wichtige Aufgaben, zu deren Erfüllung wir auf die Unterstützung und Mitarbeit unserer Parteimitglieder angewiesen sind. Wir hoffen deshalb auf eine rege Teilnahme an diesem Parteitag.

**SBG – für uns schon lange die erste Bank.**

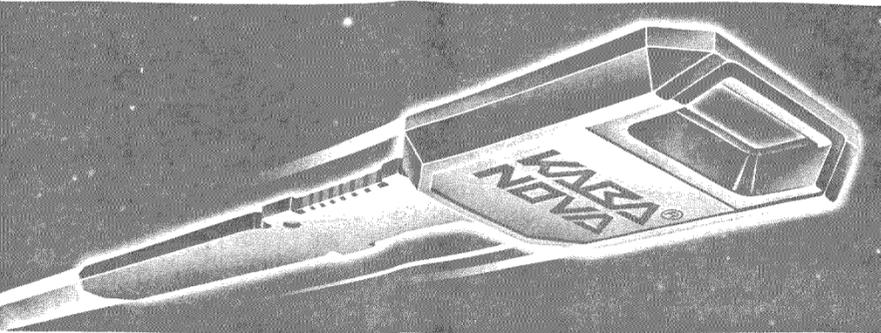


**Wir drei Damen**  
helfen Ihnen,  
den richtigen Partner zu finden.

*Introduction*  
die Partnerwahl für  
Anspruchsvolle seit 1956.  
Frau M. Th. Kläy  
Neugasse 45, 3001 Bern  
Telefon 031/22 21 12

Verlangen Sie die Unterlagen, Sie werden weder  
angerufen noch von einem Vertreter besucht.  
Überregional/International  
(Staatlich eingetragen)

**KABA NOVA - der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.**



Wenn Sie mehr darüber  
wissen wollen, so verlangen  
Sie Unterlagen bei

**BAUER  
KABA®**

Bauer Kaba AG  
Sicherheits-Schliesssysteme  
Postfach  
CH-8620 Wetzikon 1  
Telefon: 01/931 61 11  
Telefax: 875481  
Telefax: 01/931 63 85

**Baumschäden!**



**Spross**

Unsere Spezialisten für  
Baumchirurgie + Baumpflege  
lösen Ihre Probleme

**Spross Ga-La-Bau AG** Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

**GOURMET-RESTAURANT  
HOTEL ALBANA  
CH-7513 SILVAPLANA**

St. Moritz, 5 km Tel. (082) 4 92 92



Das modernste  
Hotel, in dem  
Sie sich zu Hause  
fühlen, mit allem  
Komfort, Bad,  
Dusche, TV, Ra-  
dio, Telefon, Tre-  
sor.

**ERHOLEN SIE SICH VOM STRESS**

Geniessen Sie die gemütliche Atmo-  
sphäre in unseren rustikalen Räumen

Das Beste aus Küche und Keller  
Degustations- und Gourmetmenu

Täglich 18-19 und 20-24 Uhr  
Unterhaltung in der Grill-Pianobar  
mit Laszlo Balint

**15 VERSCHIEDENE  
SPAGHETTI-TRÄUME**

Wir freuen uns auf Ihren Besuch  
Jos. Mettler, Küchenchef Jo. Koerper

**Werner F. Nauer**  
Beratungen

**-Rekrutierung/Selektion**  
leistungswillige Nach-  
wuchskräfte, Kader,  
Verkaufsleute

**-Eignungsuntersuchungen**

Rüdenplatz 4 8001 Zürich Tel. 471515

**Hotel  
waldhaus**  
Dolder  
Zürich

● Gemütliche Ecken für  
Feiern im kleinen Kreis

● Freundliche Räume  
für Konferenzen  
und Familienanlässe

Genügend Parkplätze  
Tiefgarage gratis  
Dolderbahn ab Römerhof

**Hotel-Restaurant  
Waldhaus Dolder**  
Kurhausstr. 20, 8030 Zürich  
Tel.: 251 93 60

**Wir besorgen  
treuhänderisch  
alle Arbeiten,  
die für Sie als Bauherr  
anfallen - als Ihr  
Geschäftsführer auf Zeit.**

**Spaltenstein**  
LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN  
SIEVERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH  
TEL. 01 316 13 10, TELEX 822621 (SBM)

**WO wir**

finden Sie schöne  
Eigentumswohnungen  
Ferienhäuser,  
Mehrfamilienhäuser  
Cony AG  
Postfach 8033 Zürich  
Telefon (01) 363 55 77

verkaufen im Auftrag  
Eigentumswohnungen,  
schöne Ferienhäuser,  
Mehrfamilienhäuser ...  
Rufen Sie uns an  
Cony AG  
Postfach 8033 Zürich  
Telefon (01) 363 55 77

«Bauen ohne Ärger - mit Holz von Jakob Berger»

**JAKOB BERGER AG**

**Seewis-Station** Sägerei + Holzhandlung  
Telefon (081) 52 14 33

**Jenaz** Hobelwerk + Holzhandlung  
Telefon (081) 54 12 69

**Klostera** Sägerei + Hobelwerk  
Telefon (083) 4 31 31

Ihr Lieferant für Schnitt- und Hobelwaren seit 1886

**Einladung zum Canonlernen.**



20 Jahre  
Canon-Büromaschinen  
in der Schweiz

Dieses Inserat sollte nicht nur der  
Chef lesen. Denn wer täglich  
anspruchsvolle Korrespondenz er-  
ledigt, weiss die Vorteile, welche  
Canon-Schreibmaschinen der Profi-  
Klasse bieten, ganz besonders zu  
schätzen.

Wir laden Sie ein, sich «live» bei  
Ihnen im Büro vorführen zu lassen,  
was wir damit meinen. Unverbindlich  
und ohne jede weitere Verpflich-  
tung. Rufen Sie uns einfach an, wann  
es Ihnen passt.

Und den Chef interessiert es be-  
stimmt, dass Canon ihm eine interes-  
sante Jubiläumsofferte machen  
kann.

**Canon**

**BÜRO CONZETTI**

Conzetti AG, Büroorganisation Ringstrasse 18 7000 Chur Tel. 081/22 15 61

**CORSA**  
*SWING*

**FR. 10'990.-**

Pfiffig, toll ausgerüstet und unschlagbar im Preis.  
Let's swing. Jetzt bei uns!



**OPEL**  
ZUVERLÄSSIG IN DIE ZUKUNFT

**Grand Garage  
Dosch AG**  
Kasernenstrasse 138 7000 Chur

**DIE NEUE OPEL-GENERATION. NR. 1 IN DER SCHWEIZ**

**Ein Sparheft  
vom Bankverein.**

**Weil man sich  
mit der Zeit  
so manchen Wunsch  
erfüllen kann.**



**Schweizerischer  
Bankverein**  
Société de  
Banque Suisse

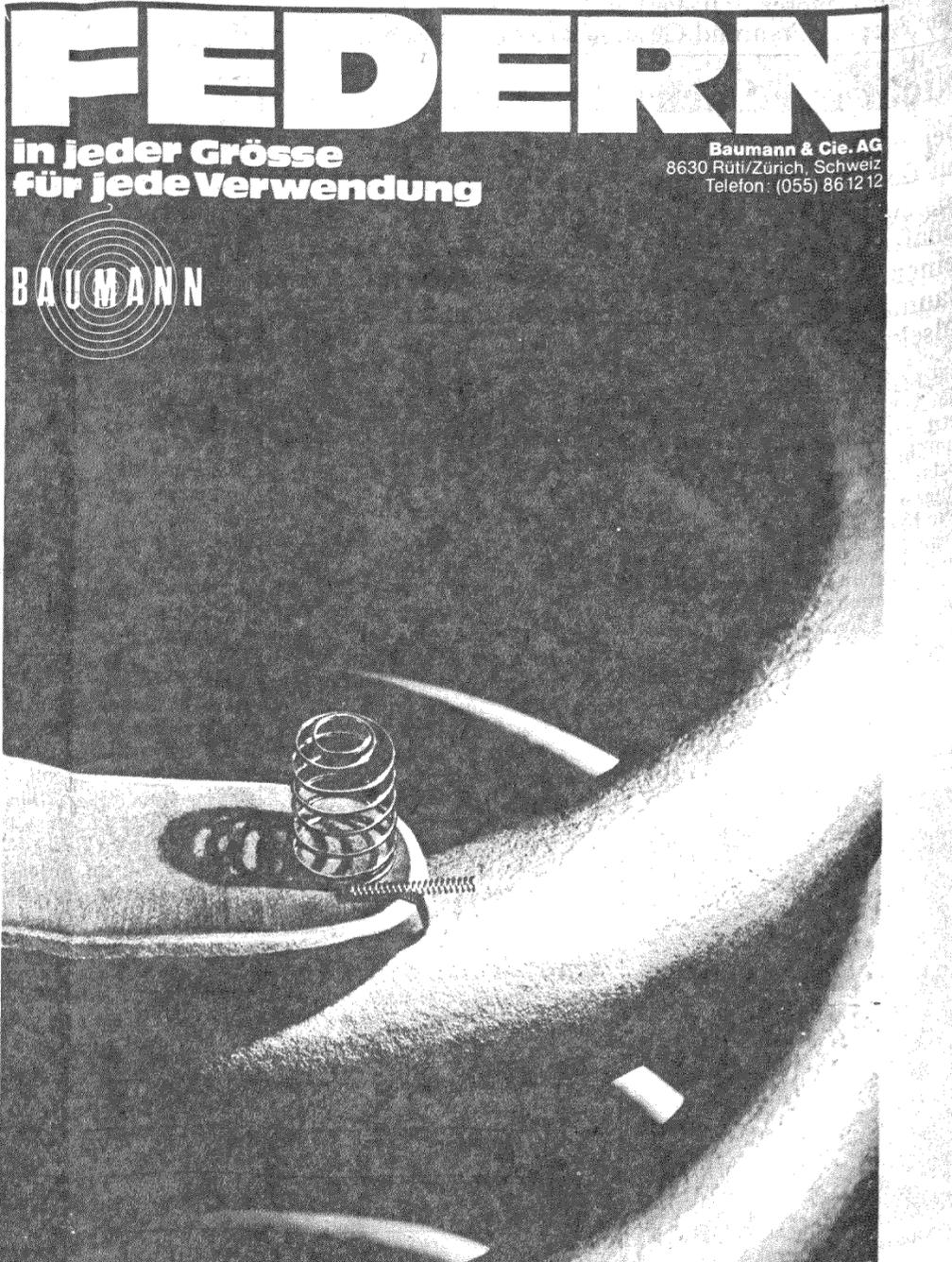
Chur, Bahnhofstrasse 9  
Davos-Platz, Promenade 48  
Davos-Dorf, Promenade 143  
Flims-Dorf, Casa Capol, Via Gronda  
St. Moritz, Piazza Mauritius

**FEDERN**

**in jeder Grösse  
für jede Verwendung**

**BAUMANN**

**Baumann & Cie. AG**  
8630 Rüti/Zürich, Schweiz  
Telefon: (055) 86 12 12



Nach den Walddebatten

**«Stunde der Wahrheit» steht noch bevor**

Die Umweltproblematik, der die eidgenössischen Räte eben erst eine seit längerem geplante ausserordentliche Session gewidmet haben, beschäftigte das Parlament auch in der ordentlichen Frühjahrs-session. Der Ständerat nahm zu den zahlreichen vom Nationalrat verabschiedeten Vorstössen Stellung, mit denen die ökologischen und wirtschaftlichen Folgen der Waldschäden gemildert sowie eine Reduktion der Schadstoffe in der Luft erreicht werden soll. «Der Freisinn» hat die Meinung von vier in der Umweltfrage engagierten Exponenten eingeholt und wollte von ihnen wissen, wie sie die Arbeit der eidgenössischen Räte beurteilen. Das Urteil lautet positiv – die «Stunde der Wahrheit» komme aber noch ...

*Nachdem auch der Ständerat seine (zweigeteilte) Walddebatte abgeschlossen hat, ist der Zeitpunkt gekommen, Bilanz zu ziehen. Wie beurteilen Sie die Arbeit der eidgenössischen Räte?*

*Wie lautet Ihre Bilanz, wenn Sie die Arbeit der freisinnigen Parlamentarier in den beiden Räten zu beurteilen haben?*

*Wie beurteilen Sie die Haltung des Bundesrates in der Walddiskussion und den von ihm vorgelegten Massnahmenkatalog auf die parlamentarischen Vorstösse?*

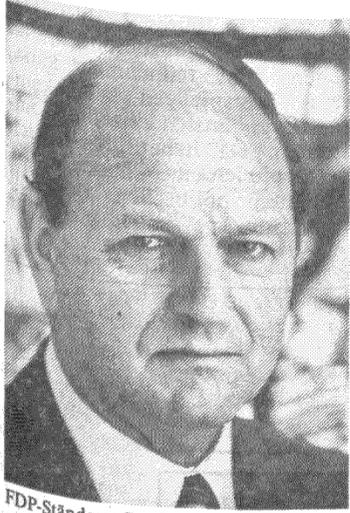
*Welche Erwartungen hegen Sie bezüglich des weiteren Vorgehens?*

Insgesamt beurteile ich die Arbeit der eidgenössischen Räte als sehr positiv. Es war das eindeutige Bestreben zu spüren, dass man sich mit den Problemen der Umweltbelastung in ihrer ganzen Tragweite auseinandersetze. Das ist ein entscheidender Schritt, um echte Lösungen aufzubauen. Und nur mit solchen bewältigen wir dieses anspruchsvolle Problem unserer Zeit.

Die freisinnige Fraktion der Bundesversammlung traf ihre Vorbereitungen für die Walddebatte mit grosser Sorgfalt. Dabei stand ihr eine ausgezeichnete Dokumentation eines Arbeitsausschusses zur Verfügung. Auch diejenigen, welche dem ganzen Problemkreis bisher eher zurückhaltend gegenüberstanden, mussten sich eingestehen, dass wir eine grosse und dauernde Anstrengung zur Bewahrung der Umwelt unternehmen müssen. Das ist wohl das wichtigste Ergebnis der ganzen Diskussion.

Der Bundesrat hatte dem Parlament mit seinem Bericht einen umfassenden Katalog möglicher Massnahmen zur Bekämpfung des Waldsterbens vorgelegt. Dahinter stand eine grosse Arbeit der zuständigen Bundesämter, welche volle Anerkennung verdient. Der Sprecher der Landesregierung, Bundesrat Egli, setzte sich zielstrebig für eine realistische Umweltpolitik ein. Die Haltung des Bundesrates verdient deshalb eine gute Note.

Für mich haben sich aus der intensiven Aussprache der letzten Wochen klare Prioritäten für das weitere Vorgehen ergeben. Wir müssen das Schwergewicht eindeutig auf die rasche Verwirklichung jener Massnahmen legen, welche eine langfristige Lösung des Problems bringen. Es sind dies: der Übergang zum Katalysatorauto mit bleifreiem Benzin, eine nochmalige Senkung des Schwefelgehaltes von Heizöl leicht und die weitere rasche Förderung von umweltfreundlichen Abgasanlagen der Industrie.



FDP-Ständerat Dr. Paul Bürgi, St. Gallen



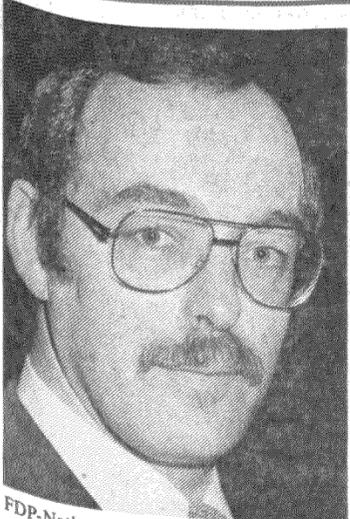
Walter Schiesser, Redaktor NZZ, Präsident der Arbeitsgruppe Umweltschutz der FDP der Schweiz

Das Ergebnis ist positiver, als angesichts der Komplexität der Materie und des Zeitdrucks zu erwarten war. Die Brems- und Dämpfungssignale des Ständerates bedeuten in der Sache kein Zurückbuchstabieren gegenüber dem Nationalrat. Ihre Wirkung liegt anderswo: In einem Teil der Öffentlichkeit mag sich die kleine Kammer damit als «chambre de réflexion» profiliert haben, in einem anderen, vermutlich grösseren, hat sie sich dem Verdacht ausgesetzt, in einer wichtigen Frage des Umweltschutzes eine laue Haltung einzunehmen.

Die freisinnige Fraktion hat wesentlich zum erfreulichen Gesamtergebnis beigetragen. Die vom Parlament verabschiedeten Beschlüsse stimmen weitestgehend mit dem parteiintern ausgearbeiteten Konzept zur Bekämpfung des Waldsterbens überein, auf das sich die Fraktion vor der Session geeinigt hatte.

Mit medienwirksamem Trara Massnahmen zur Rettung des Waldes zu fordern ist einfacher, als diese sorgfältig, auch im Blick auf Kosten und Nutzen, auf die Realisierbarkeit sowie auf allfällige Neben- und Spätfolgen zu prüfen. Die seinerzeit vom Bundesrat angeordnete Sichtung aller vorgeschlagenen Massnahmen nach einheitlichen Kriterien dürfte sich auch im Rückblick als zweckmässig erweisen, auch wenn die vor allem durch die Überlastung des BUS entstandene Verzögerung zu bedauern ist.

Die erzielten Erfolge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie auf dem Weg zu einem wirksamen Schutz der Wälder nur erste Schritte sind. Der Ball liegt nun erneut beim Bundesrat. Dieser hat auf Grund des klaren Auftrages, den er vom Parlament erhalten hat, ohne Verzug die beschlossenen Massnahmen zu konkretisieren und insbesondere ein überzeugendes Konzept für die längerfristige Bekämpfung des Waldsterbens vorzulegen. Entscheidend ist, dass an der Bedrohung Mass genommen wird und nicht primär an der zu erwartenden «Akzeptanz» für eventuell wenig populäre Massnahmen.



FDP-Nationalrat Kurt Schüle, Schaffhausen

Persönlich bin ich vom Resultat der Walddebatte befriedigt. Im Parlament ist ein klarer Wille zur Lösung der brennenden Umweltprobleme manifest geworden. Mit wirksamen Massnahmen ist die Belastung der Luft mit Schadstoffen gezielt und rasch zu vermindern. Der technische Umweltschutz ist konsequent durchzusetzen. Mit einer Strategie der Anreize gilt es, den Einzelnen zu einem umweltgerechten Verhalten anzuhalten. Extreme Experimente wie eine sofortige Benzinrationierung wurden ausserordentlich deutlich verworfen. Die Walddebatte gibt dem Bundesrat nun die nötige Rückenstärkung, auf seinem Kurs unbeirrt fortzufahren.

In eindrucklicher Art hat sich unsere Fraktion mit der gesamten Umweltproblematik auf Grund des bundesrätlichen Berichtes zum Waldsterben auseinandergesetzt. Dabei war ein gewisses Umdenken nicht zu übersehen. Die Umweltsituation wird auch von uns Freisinnigen gerade in bezug auf die Schadstoffbelastung der Luft als höchst kritisch eingeschätzt. Die FDP-Fraktion in den beiden Räten bestimmte in wesentlichem Masse den klaren Kurs des Parlamentes mit. Dass der Ständerat der vom Nationalrat vorgezeichneten Route mit etwas weniger Hektik und juristisch differenzierter abwägend gefolgt ist, tut diesem Bild keinen Abbruch.

Der Bundesrat hat schon vor der Walddebatte keinen Zweifel daran offengelassen, dass er den Kampf gegen die Luftverschmutzung entschieden zu führen gewillt ist. Er steht in diesem Kampf allerdings unter einem erheblichen Zeitdruck, weil auch er von der gefährlichen Entwicklung der Waldschäden vollständig überrascht worden ist. Richtigerweise hat er stufenweise verschiedene Massnahmenpakete beschlossen und in die Tat umgesetzt. Es ist keineswegs so, dass er erst durch das Parlament aus dem Busch geklopft worden ist. Alle Massnahmen von Gewicht erfordern aber ihre Zeit für die Vorbereitung und Durchsetzung.

Die Waldsession ist vorbei, doch das Thema bleibt. Die Fragen der Luftreinhaltung werden uns auch in den kommenden Monaten intensiv beschäftigen. Zum einen wird der Bundesrat mit der Rückenstärkung des Parlamentes nun seine Massnahmen verstärken und komplettieren müssen, zum anderen hat er den eidgenössischen Räten ein Konzept vorzulegen, wie und nach welchem Zeitplan die Luftbelastung auf den Stand der fünfziger Jahre zurückzuführen ist. Die «Stunde der Wahrheit» steht uns also noch bevor. Schon heute ist jedoch abzusehen, dass wir alle Kräfte mobilisieren müssen, um dieses entscheidende Ziel zu erreichen.



FDP-Nationalrat Dr. Walter Zwingli, Sarnen SG

Meine erst halbjährige Zugehörigkeit zum Rat ermöglicht mir zwei verschiedene Standpunkte: Von «draussen» (vom Wald, vom Volks aus) gesehen, muss rasch etwas Wesentliches zur Veränderung der Luftverschmutzung geschehen. Im Parlament dagegen verläuft vieles nach bewährten Verfahren. Warum sollte das ausgerechnet in der Walddebatte preisgegeben werden? Der Nationalrat hat mehr beschlossen, als ich erwartete. Ob damit auch das Notwendige beschlossen wurde, bleibt für mich vorerst offen!

Viele meiner Kolleginnen und Kollegen bereiteten sich intensiv auf die Waldsession vor. Wir konnten uns dabei auf fundierte Vorarbeiten der FDP-Arbeitsgruppe für Umweltschutz stützen. Wir dürfen nicht einäugig allein die Belange des Umweltschutzes sehen. Viele von uns sind nach wie vor auch der Wirtschaft, den Arbeitsplätzen, der bestehenden Rechtsordnung und den verfügbaren Finanzen verpflichtet. In diesem Spannungsfeld leistete unsere Fraktion vorzügliche und koordinierte Arbeit.

Ungeduld ist zwar ein gefährlicher Ratgeber. Trotzdem enttäuschten mich verschiedene Entschiede des Bundesrates. Warum fasste der Bundesrat nicht bereits im Winter 1983/84 oder wenigstens im Herbst 1984 mutige Tempentscheide? Warum enthielt die «Waldbotschaft» 112 Einzelvorschläge statt ein beschlussreifes Konzept für die Schadstoffreduktion auf den Stand der fünfziger Jahre? Beide Räte räumten nun dem Bundesrat ein weiteres Jahr zur Erfüllung dieser Aufgabe ein. Haben wir für ein wirksames Handeln noch so viel Zeit?

Für mich bleibt die Notwendigkeit, rasch auf die Luftverschmutzungsquote der fünfziger Jahre herunterzukommen. Unsere Staatsordnung mit ihrer auf Bund und Kantone und legislative und exekutive Behörden aufgeteilten Rechts- und Kompetenzzuordnung ist für «Blitzaktionen» schlecht geeignet. Die Förster hätten uns einen grossen Dienst erwiesen, wenn sie vor zehn Jahren Alarm ausgelöst hätten. Uns bleibt nun, in beharrlicher und zielbewusster Arbeit das gesteckte Ziel so rasch wie möglich zu vollziehen. Die Walddebatte und die Sorge um den Boden und die Gesundheit der Menschen dauern an!

Unser Porträt

## Nationalrat Christian Wanner

Seit anderthalb Jahren sitzt er im Nationalrat. Mit 35 Jahren wurde er in die grosse Kammer gewählt, nachdem er bereits in seinem Heimatkanton Solothurn eine geradezu «kometenhafte» politische Karriere hinter sich gebracht hatte. Die Rede ist allerdings nicht von irgendwelchem Polit-Showstar, sondern von einem nüchternen, bodenständigen Landwirt namens Christian Wanner aus Messen im Kanton Solothurn. Das jüngste Mitglied der FDP-Fraktion der Bundesversammlung steht mit beiden Füßen auf Scholle und politischem Parkett. Ein Porträt von René Frech:

Nationalrat Christian Wanner gehört nicht zu jenen Politikern und Parlamentariern, die sich mit grossem rhetorischem Feuerwerk in den Vordergrund drängen. Da ist seine familiäre und berufliche Herkunft zu sehr mit Bescheiden-



heit, Realismus, Bodenständigkeit, Nüchternheit und Sinn für das richtige Mass verbunden. Christian Wanner wurde 1947 als erstes Kind einer Bauernfamilie im solothurnischen Messen geboren. Zwei Brüder – der eine heute Arzt in Biel, der andere Tierarzt in Schnottwil – folgten.

### «Eine Organisationsfrage»

Christian Wanner wuchs denn auch in Messen als Bauernbub auf, durchlief eine landwirtschaftliche Ausbildung und legte in der Landwirtschaftlichen Jahresschule Cernier (Neuenburg) die Meisterprüfung ab, bevor er 1977,

Fortsetzung von Seite 1

Milliarde Franken angestiegen, ohne dass das Vorhaben der Realisierung nähergekommen wäre. Und dies, obschon sich das Schweizervolk in nicht weniger als fünf Urnengängen zu Energiefragen und insbesondere zur Frage des Ausbaus der Kernenergie geäussert und jedesmal positiv Stellung bezogen hat. Indirekt war mindestens in der Abstimmung des letzten Herbstes auch die Frage Kaiseraugst involviert. Über solche Tatsachen kann sich keine Region hinwegsetzen, auch dann nicht, wenn bei ihr das Abstimmungsbild anders aussieht als das nationale.

### Frage der staatspolitischen Verantwortung

Zum Schluss meine ich, dass wir trotz allen Schwierigkeiten und Emotionen, mit denen die Angelegenheit Kaiseraugst belastet ist, sie in rechtsstaatlich sauberer Weise und auch in einem guten politischen Stil sollten bewältigen können. Nötig ist dazu allerdings, dass sich die politischen Exponenten, seien sie in kantonalen Behörden oder im eidgenössischen Parlament, ihrer staatspolitischen Verantwortung bewusst sind, und sich nicht unter Geistern verstecken, die einige von ihnen selber gerufen haben.

chen Betrieb mit Ackerbau und Viehhaltung (12 oder 13 Kühe) führen und gleichzeitig auch noch in Bern unter der Bundeskuppel (und im Solothurner Kantonsrat) mithalten könne. Tatsächlich: Vater Wanner hilft noch aktiv auf dem Hof mit, und Gattin Käthi Wanner-Wyss, selbst eine Bauerntochter aus der Bucheggberger Gemeinde Attiswil, weiss ebenfalls im Bauernbetrieb Hand anzulegen. Nationalrat Wanner ist auch noch Familienvater. Zu Sohn Stefan (10) meint er: «Ich hoffe natürlich, dass auch er einmal Landwirt wird.»

### Heimatverbunden

Christian Wanner ist sehr eng mit seinem Dorf und mit seiner Region verbunden. Das fällt ihm im übrigen keineswegs schwer (und würde wohl auch andern Freisinnigen alles andere als schwerfallen): Messen, ein Bauerndorf mit 700 Einwohnern (und fünf Beizen), mit aktivem Vereinsleben und intaktem Sinn für Dorfgemeinschaft, ist eine «gute», eine freisinnige Gemeinde (von den

sieben Gemeinderäten sind fünf freisinnig, und von den fünf Kantonsräten des Bucheggbergs sind nicht weniger als vier FDP-Vertreter im Ratssaal der Ambassadorenstadt).

Angefangen hat die Polit-Karriere des Christian Wanner denn auch in «seinem» Messen: Zuerst war er Ortsparteipräsident, dann kam er in kommunale Kommissionen, wurde Sekretär der wichtigen Bau- und Planungskommission – und 1977 flugs in den örtlichen Gemeinderat und im gleichen Jahr in den Solothurner Kantonsrat gewählt. («Im Kantonsrat trete ich nun allerdings bei den nächsten Wahlen nach nunmehr acht Jahren Ratszugehörigkeit zurück.»)

### Im Kontakt mit der «Basis»

Christian Wanner – seit 1978 auch Bezirksparteipräsident im Bucheggberg – holt seine politische Kraft und seinen gesunden Sinn für das politisch richtige Mass «an der Basis», in seiner Gemeinde: «Der Kontakt zu den

einzelnen Bürgern ist mir wichtig. Ich will wissen, wie der Bürger und Mensch in meiner engeren Heimat denkt, welche Probleme ihn beschäftigten. Deshalb will ich auch künftig in Messen politisch aktiv bleiben.»

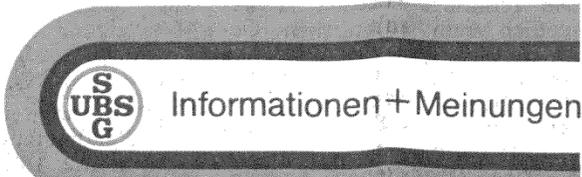
Schon 1975 kandidierte der junge Landwirt für den Nationalrat – und wurde gleich auf Anhieb auf den zweiten Ersatzplatz auf der freisinnigen Liste gehievt. 1979 verzichtete Wanner dann auf eine Kandidatur. Doch 1983 ging's dann ohne Hindernisse unter die Bundeskuppel nach Bern. Auf die Frage nach den Gründen für diese doch erstaunliche Wahl eines noch jungen und zurückhaltenden Landwirts aus Messen meint er: «Nun, wir haben in Solothurn ein faires Wahlsystem, viele Parteiveranstaltungen, an denen man teilnehmen kann, keine kostspieligen Werbekampagnen zugunsten einzelner Kandidaten. Da haben dann auch Leute wie ich eine Chance.»

Seinen politischen Rückhalt hat Landwirt Wanner nicht nur

Fortsetzung auf Seite 7

Auszug aus

## SBG teilt mit



Die aktuelle Informationsseite der Schweizerischen Bankgesellschaft Nr. 2/85

## Sparen mit Steuervorteil

Drei Säulen sollen Herrn und Frau Schweizer ein sorgenfreies Alter sichern. AHV-Renten und Leistungen der Pensionskasse bilden den für alle Erwerbstätigen obligatorischen Grundstock der Altersvorsorge. Sie decken die Lebenshaltungskosten. Die private Vorsorge der dritten Säule soll nach der Pensionierung den gewohnten Lebensstandard gewährleisten. Dazu Fragen an Heinrich Schneider, den Vorsitzenden der Kommission für Vorsorgefragen der Schweizerischen Bankiervereinigung.

Zur Zeit wird auf der politischen Bühne, in Betrieben und auch im Familienkreis über das am 1.1.1985 in Kraft getretene Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) diskutiert. Weshalb findet dieses neue, recht komplizierte Gesetz ein so breites Echo?

Schneider: Das BVG bringt zwar nur für relativ wenige Erwerbstätige neu eine obligatorische berufliche Vorsorge. Trotzdem betrifft das Gesetz uns alle. Die Betriebe müssen überprüfen, wie ihre Pensionskassen ausgestaltet sind. Eine beträchtliche Zahl vor allem kleiner und kleinster Unternehmen müssen die Vorsorgesäule neu aufbauen.

Gesamthaft werden die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der zweiten Säule wohl kaum so gross sein, wie sie jetzt manchmal dargestellt werden. Die Anlagevorschriften für BVG-Gelder sind recht liberal. So kann das Vermögen einer Vorsorgeeinrichtung nicht nur – wie man oft glaubt – in 1. Hypotheken angelegt werden, sondern teilweise auch in Aktien schweizerischer oder ausländischer Gesellschaften, in Fremdwährungen, in Liegenschaften oder in andere Anlagen. Dieser breite Fächer von Anlagemöglichkeiten unterstreicht die Bedeutung einer sorgfältigen, professionellen Vermögensverwaltung.

Bei den Schweizer Banken hat man rechtzeitig begonnen, die im Sektor der Vermögensverwaltung über Jahrzehnte erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen auch den Vorsorgeeinrichtungen nutzbar zu machen.

Man spricht im Zusammenhang mit dem BVG auch oft von der Förderung der dritten Säule. Was weiss man darüber; was kann man erwarten?

Schneider: Die Erwartungen sind gross, das konkrete Wissen ist klein. Die private Vorsorge als dritte Säule der Vorsorge überhaupt ist das Stiefkind der schweizerischen Sozialpolitik – zu Unrecht! Wenn die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung das Ziel der Sozialpolitik sein soll, braucht es auch eine wirksame Privatvorsorge. Die Bundesverfassung schreibt die Förderung der Selbstvorsorge durch die Steuer- und Eigentumspolitik vor.

### Wieviel?

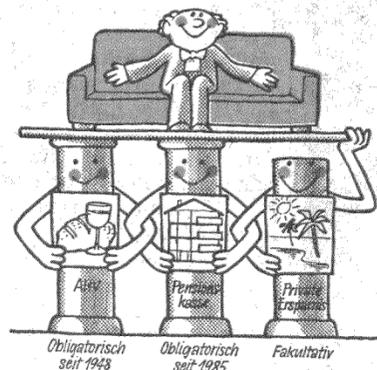
Der Gesetzgeber hat die konkrete Möglichkeit geschaffen, indem er festlegt, dass Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende Beiträge für weitere, «ausschliesslich und unwiderruflich der beruflichen Vorsorge dienende Vorsorgeformen» von den Steuern abziehen können. Daran schliesst der wirtschaftlich nüchtern denkende

Schweizer sofort die Frage an: wieviel? Die Antwort lautet leider: Man weiss es noch nicht, darf aber nicht zuviel erwarten.

Das BVG ist zwar in Kraft, aber die Verordnungen dazu werden vom Bundesrat als eine Art spannender Fortsetzungsroman mit unregelmässigen Erscheinungsdaten erlassen. Vorerst hat er entschieden, wie die Vorsorgeeinrichtungen ihr Geld anlegen können. Wieviel Geld der einzelne aber erstmals in der Steuererklärung 1987 für die individuelle Vorsorge abziehen kann und welchen Verwendungsbeschränkungen diese gesparten Mittel dann unterliegen und wer bei vorzeitigem Ableben des Einzahlers profitiert, das steht noch nicht fest.

### Taten sollen folgen

Nun heisst Steuerabzug für den Privaten aber Steuerausfall für den Staat, und daher kommt die Befürchtung, dass die Förderung der privaten Vorsorge, in viel zu kleinem Masse erfolgen wird. Der



gleiche Staat, welcher selber mit der grossen Kelle anrichtet, verteilt eben seine Steuergeschenke nur gern mit dem Moccalföfchel. Wenn die Förderung der vielgenannten und von den Behörden bis jetzt vernachlässigten 3. Säule nicht toter Buchstabe bleiben soll, haben Kantone und Bund hier und jetzt wohl für längere Zeit die letzte Gelegenheit zu Taten.

Trotzdem sind von verschiedenen Seiten zum Teil schon sehr konkrete Angebote und Vorschläge für sogenanntes steuerprivilegiertes BVG-Sparen in die Briefkästen geflattert. Was ist davon zu halten?

Schneider: Diese Angebote haben eine gute und eine problematische Seite. Der Vor-

### SBG Fiscalplan

Für die dritte Säule hat die SBG den Fiscalplan vorbereitet, mit dem die vorgesehenen Steuervergünstigungen optimal ausgenutzt werden können. Sobald die Verordnung vorliegt, werden die konkreten Einzelheiten bekanntgegeben. Es lohnt sich zu warten.

teil: Sie machen alle Erwerbstätigen auf die ihnen von Gesetzes wegen zustehende Möglichkeit aufmerksam, in den Jahren 1985 und 1986 bereits steuerprivilegiert im Rahmen des BVG zu sparen. Es ist für jedermann wichtig zu wissen, dass diese Möglichkeit grundsätzlich besteht. Eile tut aber nicht not. Die Verordnung kann abgewartet werden, denn steuerwirksame Einlagen für 1985 sind auf jeden Fall bis Jahresende möglich.

Der Nachteil: Man redet über etwas, das man noch nicht genau kennt: weder die steuerwirksamen Beträge

noch die Begünstigungsordnung sowie allfällige weitere Einschränkungen!

Der Bankkunde, welcher sich ein Bild über die wirklichen Möglichkeiten des BVG-Sparens machen will, muss also auf Zuwarten verstört werden. Am besten dienen wohl diejenigen Banken ihren Kunden, welche in der jetzigen offenen Zwischenphase die Verhandlungen in Bern hautnah verfolgen und ihre Mitarbeiter sorgfältig über die Grundsätze der dritten Säule im BVG orientieren, damit diese am Tage X – in einigen Wochen oder Monaten – präzise Auskünfte geben können.

Herausgabe und Redaktion: Presse- und Informationsstelle der Schweizerischen Bankgesellschaft, Bahnhofstrasse 45, 8021 Zürich.

Fortsetzung von Seite 6

im Bucheggberg, sondern auch in der Solothurner Landwirtschaft: Seit 1982 ist er Präsident des kantonalen Bauernverbandes. Und die Solothurner haben ein starkes und ausgeprägtes Sensorium für die bäuerliche Minderheit (nur vier bis fünf Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig) im krisengeschüttelten Industriekanton.

**Akzente gesetzt**

Nationalrat Christian Wanner hat sich in seiner politischen und par-

**Für eine Wald- und Agrarpolitik «des kühlen Kopfes»**

Inverview mit Nationalrat Christian Wanner, Präsident des Ausschusses für Landwirtschaftspolitik der FDP der Schweiz, Solothurn

Herr Nationalrat Wanner, die Sondersession ist zu Ende. Die Debatte über das Waldsterben hat Ergebnisse gezeitigt. Wie würden Sie die gegenwärtige Politik des Parlaments gegenüber dem Problem Waldsterben beurteilen?

Aus verständlichen Gründen liegen mir die Probleme rund um den Wald ausserordentlich nahe. Ich bin der Meinung, dass wir aber trotz allen Problemen, die uns beschäftigen müssen, den Kopf nicht verlieren dürfen. Ich bin nicht der Auffassung, dass wir diese Probleme angehen und zereden dürfen. Das steht für mich mit aller Deutlichkeit fest. Das Parlament hat Massnahmen beschlossen, die ihre Wirkung zeitigen werden, wobei sich auch in dieser Debatte die Grenzen des Parlaments auf Grund der Kompetenzteilung mit dem Bundesrat sofort ergeben haben. Das Parlament kann wohl Motionen und Postulate beschliessen mit verbindlichem Inhalt, zuständig ist aber letztlich der Bundesrat, um entsprechende Beschlüsse zu fassen. Nun, ich habe die Meinung, der Bundesrat muss und er wird auch handeln.

Sind es nicht Massnahmen, die jetzt beschlossen oder in Auftrag gegeben wurden, die doch nur mittel- oder langfristig wirken? Können sie nicht zu spät?

Wir müssen uns bewusst sein, dass das Waldsterben in vielleicht rund 30 Jahren entstanden ist. Es wäre eine Illusion zu glauben, wir könnten die Schäden und die hohe Schadstoffbelastung unserer Luft in einem Jahr mit entsprechenden Massnahmen rückgängig

lamentarischen Tätigkeit einige Schwerpunkte gesetzt: Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und Gesellschaftspolitik sind seine Akzente. Wanner zum «Freisinn»: «Was ich im politischen Leben immer mehr vermisse, ist das Streben der Politiker nach einer Gesamtschau, nach dem Konsens, nach Toleranz. Wünschbar wäre eine wieder vermehrte Bereitschaft zur Akzeptanz demokratisch gefällter Entscheide.» Damit knüpft Nationalrat Christian Wanner an eine gute freisinnige, solothurnische Polit-Tradition an. Man wird noch von ihm hören!

gen wird. Ob es allenfalls halt doch Notrecht ist oder nicht, bleibt abzuwarten.

*Würde das bedeuten, dass der Wald in den nächsten zwei, drei Jahren halt doch noch weiterstirbt?*

Persönlich hoffe ist es nicht. Leider ist es durchaus möglich, dass die Schäden noch eine Zeitlang anhalten werden, und gerade aus diesem Grunde müssen wir ja die Waldwirtschaft in die Lage versetzen, die Bestandserneuerung voranzutreiben. Auch dies ist eine flankierende Massnahme zur Senkung des Schadstoffgehalts der Luft.

*Nun zu einem angrenzenden Bereich, zur Landwirtschaftspolitik. Sie sind neuer Präsident des Ausschusses für Landwirtschaftspolitik der FDP der Schweiz. Ich könnte mir vorstellen, dass Sie mit diesem Gremium neue Akzente in der Freisinnigen Landwirtschaftspolitik setzen wollen.*

Dies ist durchaus erwünscht, soweit es möglich ist. Wir haben heute eine sehr stark reglementierte Landwirtschaft. Ich wünschte mir, es wäre weniger. Aber aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt aus der Überlegung, dass das bäuerliche Einkommen gesichert werden muss, wird auch in Zukunft eine staatliche Einflussnahme nötig sein. Immerhin, wir stehen vor gewichtigen Beschlüssen in bezug auf unsere Landwirtschaftspolitik: das neue Pachtrecht, das in der Märzsession beraten wird, dann der neue Zuckerbeschluss, der uns eine Erweiterung der Rübenfläche bringen sollte (damit ein besseres Ausweichen im Bereich des Ackerbaus möglich wird), der neue Milchwirtschaftsbeschluss, das neue bäuerliche Bodenrecht, das auch einer Erneuerung bedarf.

*Eine Liberalisierung der Landwirtschaft könnten Sie sich infolge dieser Reglementierungsdichte nicht vorstellen? Oder möchten Sie so etwas anstreben mit Ihrem Ausschuss?*

Wir stehen heute vor der Tatsache, dass wir alles daran setzen müssen, nicht zuletzt aus gesellschaftspolitischen Gründen, unsere Klein- und Mittelbetriebe zu erhalten. Wenn wir dies wollen, müssen wir dafür sorgen, dass diese Betriebe auf ein angemessenes Einkommen kommen. Eine Liberalisierung auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik ist ausserordentlich schwierig, sonst gefährden wir unsere Klein- und Mittelbetriebe. Selbstverständlich

müssen wir dafür sorgen, dass der Landwirt nach wie vor Unternehmer bleiben kann. Ich möchte sagen, es ist unsere Aufgabe, diesen Spielraum zu erhalten.

*Probleme zwischen Gross und Klein, zwischen Grossbetrieben und Familienbetrieben also. Können Sie sich eine differenzierte staatliche Unterstützung vorstellen?*

Dies ist eine Frage, die auf uns zukommt. Wir werden sie ganz sicher beim Milchwirtschaftsbeschluss zu diskutieren haben. Ich

habe grundsätzlich die Meinung, wir sollten die Landwirtschaft nicht auseinanderdividieren. Dies wäre ein Fehler. Natürlich gibt es Zielkonflikte zwischen den grossen und kleinen Betrieben.

Ich bin durchaus bereit, über die Frage eines differenzierten Rückbehaltes bei der Milch zu diskutieren, indem wir die Wettbewerbsnachteile der kleineren Betriebe ausgleichen, die auf kleinen Milchkontingenten sitzen. Aber generell gespaltene Agrarpreise sind sehr problematisch.

**Doppelnummer der «Politischen Rundschau»**

**Problemkatalog zur 10. AHV-Revision**

Eine reiche Sammlung von Fakten, Daten, Anliegen und Vorbehalten zur 10. AHV-Revision enthält die jüngste Ausgabe der «Politischen Rundschau», der von der FDP der Schweiz herausgegebenen Vierteljahreszeitschrift. Kompetente Autoren nehmen zu der gegenwärtig wohl brisantesten sozialpolitischen Frage Stellung.

Eine Gesamtdarstellung vermittelt Claude Crevoisier vom Bundesamt für Sozialversicherung. Möglichkeiten und Grenzen der 10. AHV-Revision skizziert Willy Schweizer. Für eine sozialmarktwirtschaftliche AHV plädiert Prof. Walter Wittman. Vor allem mit finanziellen Fragen beschäftigen sich die Beiträge von Regierungsrat Georg Stucky und alt Nationalrat A. C. Brunner. Aus der Sicht der Arbeitgeber nimmt Nationalrat Heinz Allenspach Stellung, während Balz Horber den Standpunkt des Gewerbes erläutert. Die Anliegen der Arbeit-

nehmer werden von Alice Moneda und Anton Scheuber vorgestellt. Zum Problemkreis der Finanzierung der flexiblen Pensionierung bei der AHV und der beruflichen Vorsorge äussert sich Herbert Lüthy. Zur 10. AHV-Revision nimmt aus der Sicht der Behinderten Erika Liniger Stellung, während François Huber die Grenzen und Möglichkeiten der Ergänzungsleistungen aufzeigt. Da die laufende Revision sich vor allem Frauenanliegen annimmt, äussern sich dazu Regula Frei-Stolba, Odile Jaeger, Isabell Mahrer sowie Anny Hamburger.

Bitte senden Sie mir ... Ex. (à Fr. 5.-) der Doppelnummer 3/4 1984 der «Politischen Rundschau» zur 10. AHV-Revision.

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_

Talon bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

# Création La Paz.

Es ist schon ein besonderes Vergnügen, kostbare Cigarren von vollendeter Form zu geniessen. Denn nichts geht über die Freuden von Auge und Gaumen.

Die «Geschmacks-Designer» von La Paz haben sich dieses uralten Gesetzes erinnert. Aus nur erstklassigen Tabaken haben sie eine ausgewogene Mélange komponiert, sie mit einem Umblatt von gleichmässiger Glimmfähigkeit und einem besonders makellosen Deckblatt zur Abrundung des aromatisch-milden Geschmacks umhüllt.

Und so die Extra Mild Panatellas mit künstlerischer Perfektion kreiert. Ohne Kunstgriffe. Und rein wie die Natur.

Die Cigarrenmacher von La Paz sind eben ihrer Zeit immer ein Stück voraus. Echte Connaisseurs wissen das.

Seit 1813.



Cigarros Autenticos.

Extra Mild Panatellas von La Paz in 10er-Blechk Dosen zu Fr. 9.- Nur im guten Fachhandel.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Bau von Anschlussgleisen fördern

**Handeln, nicht verzögern**

Es ist unbestritten, dass mit der Förderung des Baus von Anschlussgleiseverbindungen ein positiver Beitrag im Kampf gegen die Luftverschmutzung geleistet werden kann. Allerdings stehen auch hier den Absichten fehlende Taten gegenüber. Diesem Umstand will FDP-Nationalrat Dr. Kurt Müller (Meilen ZH) mit einer Motion abhelfen.

In der Antwort auf die Interpellation der damaligen Nationalrätin Elisabeth Kopp aus dem Jahre 1982 befürwortete der Bundesrat die Förderung der Anschlussgleiseverbindungen als zweckmässige Massnahme, um dem Eisenbahngüterverkehr verbesserte Bedingungen zu schaffen. Er sicherte auch vertiefte Abklärungen über eine Verbesserung des Expropriations- und Durchgangsrechts zu, sah aber eine Revision des Anschlussgleisegesetzes erst für die nächste Amtsperiode vor.

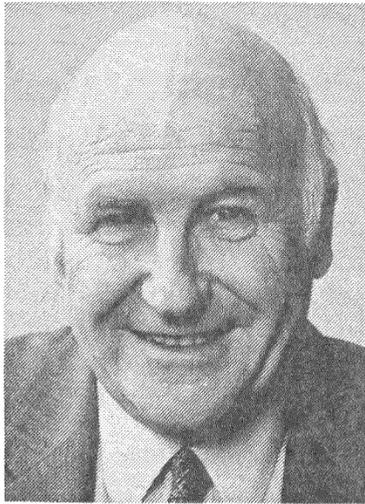
**Prioritätenordnung**

Angesichts der bedrohlichen Luftverschmutzung und ihrer gefährlichen Auswirkungen auf den Wald, wie sie von Bundesrat Egli in der Walddebatte in National- und Ständerat eindrücklich dargelegt wurden, drängt sich jedoch eine andere Prioritätenordnung in der Förderung des öffentlichen Verkehrs auf. Es gilt vor allem auch, die Wettbewerbschancen der öffentlichen Transportunternehmen im Binnengüterverkehr zu erhöhen. Über die Anschlussgleise wickeln sich 80 bis 85 Prozent des gesamten schweizerischen Eisenbahngüterverkehrs ab. 1983 ergab dies einen Gesamtertrag von rund 800 Millionen Franken pro Jahr. Rund 3650 der Produktions- und Lagerstätten in der Schweiz sind direkt an die Bahn angeschlossen. Von ihnen werden immer noch rund 13 Millionen Tonnen Güter pro Jahr auf der Strasse befördert, weil auf der Gegenseite kein Geleiseanschluss vorhanden ist.

**Bedeutendes Verkehrsaufkommen**

Der Anschluss weiterer Firmen an die Bahn würde den SBB und den Privatbahnen ein bedeutendes Verkehrsaufkommen erschliessen und die Strassen vom Schwerverkehr entlasten. Die Wirtschaft ist bereit, den Bahngütertransport durch die Erstellung weiterer Anschlussgleise zu fördern. Allein bei den SBB sind in der Schweiz weitere Anschlüsse von 125 Unternehmen projektiert oder in Projektierung begriffen. Diese Anschlüsse und die Übertragung eines wesentlichen Teils der auf den Strassen transportierten Güter, weil nur auf der einen Seite ein Anschlussgleise vorhanden ist, könnten den Bahnen Mehreinnahmen von 200 bis 300 Mio. Fr. pro Jahr bringen.

Hindernisse für die rasche Erstellung bilden einerseits das Fehlen des Expropriations- und



Durchgangsrechts und die völlige Überwälzung der Kosten bei einer bahnhseitigen Erschliessung an die Unternehmen, während die strassenseitige Erschliessung durch die öffentliche Hand bezahlt wird.

Der Bundesrat selbst hat im Schreiben vom Herbst 1983 an

Die Zukunft der Arbeitsplätze

**Arbeit und technischer Fortschritt**

Zu beachtlichen Schlussfolgerungen kam ein öffentliches Gespräch, an dem die Nationalräte Heinz Allenspach (fdp., Zürich), Direktor des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, sowie Fritz Reimann (sp., Bern), Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, die Klängen kreuzten. Es ging dabei darum, ob technischer Fortschritt zu Arbeitslosigkeit zwingt:

Der Arbeitsmarkt ist kein klassischer freier Markt. Mit guten Gründen wird er grossenteils durch Kollektivverträge zwischen Sozialpartnerorganisationen geregelt. Das ist dem Arbeitsfrieden dienlich. Doch kann der Produktionsfaktor Arbeit nicht beliebig von ökonomischen Mechanismen isoliert werden. In einer einfachen Formel lässt sich sagen, wenn die Arbeit teuer und das Kapital billig sei, verstärke sich die Kapitalintensität der Wirtschaft, und das könne sich auf das Beschäftigungsniveau auswirken.

**Neue Technologien = Freisetzung von Arbeitsplätzen?**

Wiederum wäre aber die Feststellung nicht sachgerecht, der Einsatz von Betriebskapital zur Nutzung technischer Fortschritte müsse Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Gewiss beeinflussen neue Technologien die Beschäftigungsstruktur, aber neben der Einbusse von Arbeitsplätzen steht in der Regel die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten.

Die Interdependenz zwischen Reallohnentwicklung und Beschäftigung ist in einer Studie des Wissenschaftlichen Beirats beim deutschen Wirtschaftsministerium herausgearbeitet worden. Diese enthält die Aussage, die von beträchtlicher Arbeitslosigkeit belastete deutsche Volkswirtschaft müsse, wenn sie zur Vollbeschäftigung zurückkehren wolle, eine relative Verbilligung des Produk-

die Kantonsregierungen darauf hingewiesen, dass es «betriebswirtschaftlich und gesamtwirtschaftlich sinnvoll» ist, den Bau von Anschlussgleisen zu fördern. Er hat damals die kantonalen Regierungen ermuntert, in ihre Raumplanungsgesetze Bestimmungen über die Expropriation beim Bau von Anschlussgleisen aufzunehmen. Solche Revisionen dürften aber allzuviel Zeit beanspruchen, wenn sie von den Kantonen überhaupt an die Hand genommen würden.

**Nicht weiter verzögern**

Das zweckmässigste und rascheste Vorgehen würde zweifellos in der seit langem angekündigten Revision des eidgenössischen Anschlussgleisegesetzes aus dem Jahre 1874 bestehen. Nachdem die Vorarbeiten seit geraumer Zeit an die Hand genommen worden sind, sollte es möglich sein, die dringende Gesetzesrevision noch in dieser Amtsperiode den beiden Räten vorzulegen und zum Abschluss zu bringen. Die Revision sollte eine Gleichstellung der privaten Anschlussgleise mit der Erschliessung durch Strassen in bezug auf das Expropriations- und das Durchgangsrecht bringen. Neben den Beiträgen aus den Treibstoffzöllen an die Kosten, wie sie in den Anträgen der nationalrätlichen Kommission für den Treibstoffzollbeschluss vorgesehen sind, sollte auch die Frage geprüft werden, ob in gewissen Fällen von besonderem öffentlichem Interesse nicht auch eine Förderung durch Gemeinden und Kantone wünschbar wäre.



Post erledigt während der Fraktionssitzung Nationalrat Ernst Cincera (FDP, ZH). Links neben ihm der freisinnige Genfer Ständesvertreter Robert Ducret. (Photo ruti)

die Vorstellung, Arbeitszeitverkürzungen könnten beliebig von vollem Lohnausgleich begleitet werden, den wirtschaftlichen Realitäten nicht gerecht.

**Holländische Fallstudien als Illustration**

In diesem Zusammenhang liefert eine Untersuchung des niederländischen Sozialministeriums interessante Aufschlüsse. Sie kam auf Grund aktueller Fallstudien der Universität Rotterdam zum Ergebnis, dass zeitlich reduzierte Arbeitseinsätze keine unmittelbar

wirtschaftlichkeitssteigernden Effekte haben. Auf den ersten Blick scheint der Befund den gewerkschaftlichen Kräften recht zu geben, die von Arbeitszeitverkürzungen positive Beschäftigungseffekte erwarten. Ein zweiter Blick bestätigt aber die Auffassung, dass arbeitszeitmässige Leistungsverminderung, gerade wenn und solange sie keine Produktivitätsfortschritte generiert, ihren Preis hat. Dieser kann bei voller Reallohnkompensation letztlich nur in Verlusten internationaler Wettbewerbsfähigkeit mit beschäftigungshemmenden Folgen liegen.

**Eidgenössischer Abstimmungskalender**

Im laufenden Jahr sind die Stimmbürgerinnen und -bürger noch an drei Wochenenden zum Urnengang für Entscheide über Vorlagen auf eidgenössischer Ebene aufgerufen:

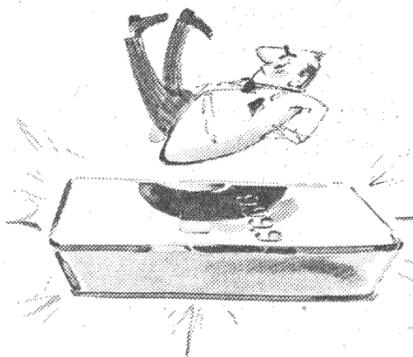
● Am 9. Juni steht die Initiative Recht auf Leben zusammen mit der Aufhebung der Kantonsanteile am Reinertrag der Stempelgaben, der Neuverteilung des Reinertrages der Alkoholrechnung und der Mahllohnreduktion auf der Traktandenliste.

● Am 22. September sollen gemäss Beschluss des Bundesrates die Referenden gegen das Eherecht und die Innovationsrisikogarantie (IRG) sowie der Gegenvorschlag zur Volksinitiative «für die Koordination des Schuljahresbeginns in allen

Kantonen» dem Volk vorgelegt werden.

● Am 1. Dezember könnten – falls die parlamentarischen Beratungen bis dahin abgeschlossen sind – vier Initiativen zur Abstimmung gebracht werden: Die Kultur-Initiative, die Vivisektions-Initiative, die Initiative «betreffend Kündigungsschutz im Arbeitsvertragsrecht» sowie die Initiative «für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung».

● Im Frühjahr 1986 – voraussichtlich im März – haben Volk und Stände über den Beitritt der Schweiz zur Uno zu entscheiden. Der Bundesrat hat ferner beschlossen, dass dieses Geschäft durch kein anderes Abstimmungstraktandum konkurrenziert werden soll.



**LEICHTSINN KOMMT VOR DEM FALL.**

The Fine Art of Banking ist die Kunst, bei Geldangelegenheiten Risiken zu begrenzen und gewinnbringende Chancen rechtzeitig zu nutzen. Besser und schneller als andere.

**JBcoB**  
BANK JULIUS BÄR  
THE FINE ART OF BANKING  
Zürich London New York

**Radioempfang in allen Strassentunnels?**

**Freisinniger Vorstoss**

Einzig im Seelisberg- und Gotthardtunnel ist für Automobilisten der Radioempfang sichergestellt. In der Schweiz gibt es 19 Strassentunnels, die über einen Kilometer lang sind, ferner unzählige kürzere, in denen ein Radioempfang nicht möglich ist. Dies wäre jedoch aus Gründen der Verkehrssicherheit und -information wünschenswert. Deshalb regt FDP-Nationalrat Dr. Peter Spälti (Hettlingen ZH) in einem parlamentarischen Vorstoss an, den Radioempfang in Strassentunnels landesweit sicherzustellen.